

Reform-Perspektiven für die Schulentwicklung in Potsdam

Das Ü7-Verfahren 2022 hat wieder gezeigt: Die Schulangebote in Potsdam entsprechen vielfach nicht den Bedürfnissen der Kinder und Familien. (siehe <https://ker-potsdam.de/>) Am Schulzentrum am Stern haben sich 149 Kinder mit ihrem Erstwunsch auf nur 100 Plätze beworben. Für viele Familien war die Phase davor von Stress und Unsicherheit geprägt: Entweder sie mussten bangen, dass sie nah genug an der Schule wohnen oder dass die Noten gut genug sind, um einen Platz über die Aufnahmen mit dem Bildungswunsch AHR (=Allgemeine Hochschulreife) zu bekommen.

Die Elternkonferenz des Schulzentrums am Stern fordert:

1. Potsdam braucht mehr reformpädagogisch geprägte Schulen

In den reformpädagogischen Schulen gehen die Kinder überdurchschnittlich gerne zur Schule und sie erzielen überdurchschnittliche Bildungserfolge, die weit über gute Abschlussnoten hinaus gehen. In der Folge sind diese Schulen äußerst nachgefragt.

Die bestehenden Schulen können diese Nachfrage bei weitem nicht bedienen. Im Ü7-Verfahren wählen die Familien strategisch und sie wissen, dass sie in weiten Teilen der Stadt keine Chance auf ein reformpädagogisches Angebot haben. Potsdam braucht daher mindestens zwei weitere weiterführende Schulen mit reformpädagogischem Profil.

2. Schulen sollen selbständig über ihre Aufnahmekriterien entscheiden

Weder Notensummen noch Entfernung zum Wohnort sind gute Kriterien für die Aufnahme an einer Reformschule. Die Schulen müssen stärker mitentscheiden dürfen, wen sie aufnehmen. Niemand sollte an eine Reformschule gehen müssen. Wir streben eine vielfältige Schulgemeinschaft an, die Abbild der Gesellschaft ist. Die Rechtslage, nach der besondere Wünsche von Eltern nur noch sehr eingeschränkt berücksichtigt werden dürfen, muss so geändert werden, dass individuelle Wünsche und Voraussetzungen auch einen Stellenwert erhalten.

3. Ressourcenausstattung muss sozialräumliche Bedingungen berücksichtigen

Schulen haben je nach Standort ganz unterschiedliche Voraussetzungen, zum Beispiel Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf, mit Lernmittelbefreiung, mit Migrationshintergrund etc.. Die Ausstattung der Schulen mit Personal und Sachmitteln muss das berücksichtigen. Wir unterstützen die Initiative von Ministerin Ernst, dass Schulen in sozialen Brennpunkten mehr Personal bekommen sollen als andere, um mithilfe von multiprofessionellen Teams Schulen mit vielen benachteiligten Kindern zu unterstützen. (siehe <https://mbjs.brandenburg.de/aktuelles/pressemitteilungen.html?news=bb1.c.745518.de>) Wir haben die Erwartung, dass auch das Schulzentrum am Stern von der neuen Initiative profitieren kann.

4. Aus- und Fortbildung von Lehrkräften in Brandenburg um reformpädagogische Angebote erweitern

Trotz der Bildungserfolge der reformpädagogischen Schulen und der starken Nachfrage von Seiten der Familien, führen reformpädagogische Angebote ein Schattendasein im Aus- und Fortbildungsangebot für Lehrkräfte in Brandenburg. Diese Angebote müssen ausgebaut und in das regelmäßige Angebot aufgenommen werden.